

# „Gestiegenes Katastrophen-Risiko“

**Drucksache 19/8541: Die FDP sorgt sich um die Handlungsfähigkeit des Staates, sollte es zur Deutschland-Katastrophe kommen.**



**Wie gut ist das Land auf eine Großschadenslage vorbereitet? Gibt es Krisenpläne für den Notstand und wenn ja, reichen die wirklich aus? Bundesinnenminister Seehofer spricht man Interesse und Kompetenz ab.**

**Im Bundestag wurde jüngst zur Frage, wie gut Deutschland auf große Katastrophen vorbereitet ist, kritisch debattiert.**

Drucksache 19/8541 greift das Thema auf und wurde als Tagesordnungspunkt 18 am 21. März 2019 im Deutschen Bundestag debattiert. Eingebracht durch die Freien Demokraten, werden „vielfältige Bedrohungslagen“ und deren mögliche Bewältigung hinterfragt. „Nach Angaben des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) reichen die aktuellen Konzepte der Krisenbewältigung nicht aus“. Wobei sich die Liberalen nicht festlegen, wofür genau sie nicht ausreichen.

Pauschal werden „veränderte“ oder „vielfältige Bedrohungslagen“ genannt, aus denen sie das „gestiegene Risiko einer Katastrophe“ ableiten. Konzepte wie das des Bundesministeriums des Innern (BMI) von 2016 liegen vor, befänden sich allerdings noch im Umsetzungsprozess. Entsprechend fordert die FDP eine davon „konzeptunabhängige nationale Reserve für 50.000 Menschen“, um den Bund im Falle einer Krisensituation „sofort handlungsfähig zu machen“. Damit verbindet sich auch eine deutliche Kritik an Bundesinnenminister Seehofer, der das Thema nicht ernst nehme.

Tatsächlich ist es nach der Präsentation des „Konzepts Zivilverteidigung“ im Sommer 2016 (unter dem damaligen Innenminister Thomas de Maizière) ruhig geworden um konkrete Schritte einer Realisierung. Ob die Bevölkerung der Aufforderung des „Selbstschutzes“ mit entsprechender Einlagerung von Nahrungsmittel- und Notfallreserven nachgekommen ist, darf genauso angezweifelt werden wie

die Einrichtung von Ausweichsitzen oberster Bundesbehörden, die das Papier nennt.

Die länder- und ressortübergreifende Krisenmanagement-Übung „LÜKEX“ oder auch die Antiterror-Planspiele „GETEX“ unter BMI-Regie greifen zwar mögliche Gefahrenlagen, ihre Auswirkungen und Gegenmaßnahmen auf. Doch das reicht offensichtlich einigen Volksvertretern inhaltlich nicht aus. Argumentation der Kritiker: Die NATO-Empfehlung einer Notfallversorgung der Bevölkerung von zwei Prozent ist in Deutschland nicht gewährleistet. Rechnerisch sind das 1,6 Millionen Menschen. „Die Versorgung einer derart großen Zahl ist über bestehende Konzepte nicht sichergestellt“, zitiert der FDP-Antrag das BBK. Delikat: Das Amt ist dem Bundesinnenministerium unterstellt.

Dabei loben deutsche Krisenmanager gerne ihr System. Zivilschutz in Verantwortung des Bundes (BMI) und Katastrophenschutz in Zuständigkeit der Länder funktionieren als sogenanntes „integriertes Hilfeleistungssystem“. Die Auswertungen der Bund-Länder-Übungen attestieren ihm gute Noten. Doch Kritiker warnen: auf massive, hybride Katastrophensituationen ist Deutschland nur unzureichend vorbereitet. Großschadenslagen auf kritische Infrastrukturen zeitgleich an mehreren Orten sind der erklärte Albtraum.

Ein wenig Trost spendet die Debattenvergangenheit des Deutschen Bundestags. „Nach wie vor ist die Situation für die Bevölkerung die, daß, wenn eines Tages eine Katastrophe eintreten sollte, sie ihr hilflos ausgeliefert wäre“, kritisierte schon 1958 die Opposition den damaligen CDU-Innenminister Schröder. Am Rednerpult stand keine Geringere als Annemarie Renger (SPD). Was folgte – auch mit den Sozialdemokraten in der Regierung – war die magere Umsetzung eines Zivilschutzprogramms mit einer Schutzplatzquote von sagenhaften 1,8 Prozent. 100 Bundesbürgern hätten im Ernstfall weniger als zwei Bunkerplätze zur Verfügung gestanden.

2007 verabschiedete sich der Bund auch davon. Ein Konzept für öffentliche Schutzräume gibt es seitdem nicht mehr. Bei den aktuell prognostizierten Gefahrenlagen spielen sie auch keine Rolle. Stromausfälle nach Cyberattacken auf Versorgungsnetze werden da eher genannt und ihre Folgen erörtert: Den Blackout von „Geldautomaten und medizinischer Versorgung“ führt der FDP-Antrag zum Ausbau der Versorgungsstrukturen beispielhaft auf – und das in einer Zeit, in der die Zukunft des Bargeldes als Zahlungsmittel immer mehr in Frage gestellt wird.

Das Konzept Zivilverteidigung von 2016 mag da wie eine Zeitreise wirken, wenn „Radios mit Batteriebetrieb, Kerzen und Bargeld“ in jedem Haushalt für Notfälle einzulagern sind.

Doch das geht einigen Oppositionspolitikern 2019 offenbar nicht weit genug, die nun eine vom BMI-Konzept losgelöste „nationale Reserve an Material-, Lebensmittel- und Medikamentenreserven für 50.000 Personen“ fordern. Was 0,06 Prozent der deutschen Bevölkerung entspräche. Der ganz große Wurf ist das sicher noch nicht.

Wie im Kalten Krieg dominiert die Hoffnung, die ganz große Katastrophe werde wohl ausbleiben.

Damals wie heute gibt es Planspiele, die eine behördliche Bearbeitung durchexerzieren. Die Frage, ob sich die dabei angewandten Verfahren auf einen Ernstfall mit wirklichen Menschen und tatsächlichen Katastrophen übertragen lassen, wurde schon im Kalten Krieg durch Übungsteilnehmer sehr kritisch beantwortet.

„Während das Drehbuch Rettungsmaßnahmen von 20 Verschütteten unter einer Autobahnbrücke vorsah, stiegen zeitgleich an allen Ecken die Atompilze in den Himmel. Dem Verfahren haftete etwas Surreales an und wir wussten: Mit der zu erwartenden Wirklichkeit hat das nichts zu tun“, bemängelte Heinz Middelhoff als oberster Krisenmanager der Landesregierung Nordrhein-Westfalen nach WINTEX/CIMEX in den 1980er Jahren. Immerhin: der Weltkrieg wurde stets durch den Westen gewonnen.

Auf heutige Übungen übertragen: Cyberattacken mit anschließendem Stromausfall und zusammenbrechenden Infrastrukturen finden bei den Theoretikern auch ohne Wechselwirkung mit der Praxis statt und enden stets glimpflich.

Inwieweit das mit einer zu erwartende Krisen-Wirklichkeit vereinbar ist? Drucksache 19/8541 geht offenbar nicht davon aus.

**(14. April 2019)**



**Infostand des Bundesinnenministeriums mit Nahrungs- und Gebrauchsmitteln für den Katastrophenfall, wie sie jeder Haushalt einlagern soll: Essen und Trinken für 10 Tage, batteriebetriebenes Radio, ein Vorrat an Kerzen, Taschenlampen und Bargeld - und bei allem „Ruhe bewahren“.**